LÜDINGHAUSEN

Niederschrift
(öffentlicher Teil)

über die 9. Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt vom 14.12.2010

Anwesend:
siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:
Anton Holz

Die Sitzung wurde um 16:00 an der Mariengrundschule in Seppenrade eröffnet. Danach erfolgte ein Ortswechsel und die Sitzung wurde um 17:05 Uhr im Ausschusszimmer der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen fortgesetzt.

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 19:15 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung*:*

Öffentlicher Teil:

1. Besichtigung des Baufortschrittes der Mariengrundschule
   Vorlage: FB 3/337/2010
2. Verkehrsregelungsmaßnahmen in Lüdinghausen
   Vorlage: FB 4/217/2010
3. Resolution zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts
   Vorlage: FB 3/344/2010
4. Berücksichtigung von Aspekten des Umweltschutzes und der Ernergieeffizienz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge
   - Antrag der SPD-Fraktion vom 30.10.2010
   Vorlage: FB 1/252/2010
5. Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 01.11.2010
   hier: Einbau von lärmoptimierten Asphalt im Stadtgebiet von Lüdinghausen
   Vorlage: FB 3/341/2010
6. Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 26.11.2010
   hier: Zustand Parkplatz Auf der Geest
   Vorlage: FB 3/348/2010
7. Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 26.11.2010
   hier: Optimierung der Kreisverkehrsanlagen in Lüdinghausen
   Vorlage: FB 3/349/2010
8. Berichte

8.1. Kurvenbegradigung und Anlegung eines Radweges entlang der B 474 (Bereich Tetekum)
   Vorlage: FB 3/338/2010

9. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

10. Sanierung eines Wirtschaftsweges in der Bauerschaft Bechtrup/ von der K 23 zur L835
    hier: Auftragsvergabe
    Vorlage: FB 3/325/2010
11. Endgültiger Ausbau der Droste-Hülshoff-Straße
    hier: Auftragsvergabe
    Vorlage: FB 3/328/2010
12. St. Antonius-Gymnasium, Klosterstraße 22, 59348 Lüdinghausen
    - Umbau / Ausbau der alten Turnhalle und Aula -
    hier: Rohbauarbeiten - Erweiterung des Auftrages -
    Vorlage: FB 2/390/2010
13. Mariengrundschule Seppenrade, Alter Berg 5, 59348 Lüdinghausen;
    - Umbau und Erweiterung -
    hier: Rohbauarbeiten - Erweiterung des Auftrages -
    Vorlage: FB 2/391/2010
14. Bericht über vom Bürgermeister erteilte Einvernehmen im Baugenehmigungsverfahren
    Vorlage: FB 3/332/2010
15. Berichte
16. Anfragen

Öffentlicher Teil:

TOP 1) Besichtigung des Baufortschrittes der Mariengrundschule
Vorlage: FB 3/337/2010

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Leiterin der Mariengrundschule, Frau Kuse, sowie die Ausschussmitglieder. Frau Kuse stellt die hervorragende Zusammenarbeit mit der beauftragten Baufirma sowie der Bauleitung heraus.

Herr Bruns vom städtischen Gebäude- und Immobilienmanagement erläutert während einer gemeinsamen Besichtigung die bereits durchgeführten bzw. noch anstehenden Bauarbeiten. Er erklärt, dass die Baumaßnahme zum Beginn des Schuljahres 2011/2012 abgeschlossen sein soll.
Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

I. Beschlussvorschlag:
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 2) Verkehrsregelungsmaßnahmen in Lüdinghausen
Vorlage: FB 4/217/2010

Ausschussvorsitzender Holz begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Drees von der Straßenverkehrsbehörde des Kreises Coesfeld.
Der Ausschussvorsitzende stellt einführend heraus, dass die Ablehnungen der in letzter Zeit beantragten Verkehrsmaßnahmen auf wenig Verständnis bei den Ausschussmitgliedern gestoßen sind. Er schlägt vor, die einzelnen Maßnahmen auf Grundlage der in der Sitzungsvorlage dargestellten Reihenfolge zu erörtern.

Stv. Ernst erläutert den Inhalt und die Hintergründe für die durch die CDU-Fraktion beantragte Maßnahme „Verbesserung der Verkehrssicherheit für Radfahrer an der Steverstraße durch Entfernung der Parkstandsmarkierungen und Anlegung von beidseitigen Schutzstreifen“. Ausschussvorsitzender Holz weist ergänzend darauf hin, dass zu dieser Thematik seitens der SPD-Fraktion die alternative Ausweisung einer Fahrradstraße angeregt worden ist.

Herr Drees führt aus, dass er die Ausweisung eines Schutzstreifens, angesichts der Tatsache, dass es sich bei der „Steverstraße“ um eine viel befahrene Straße handle, grundsätzlich befürworte. Verkehrszählungen hätten ergeben, dass diese Straße jeden Tag von bis zu 10.000 Autos befahren werde.
Er weist darauf hin, dass nach der Straßenverkehrsordnung jedoch Mindestanforderungen bestehen, die erfüllt sein müssen, damit die Ausweisung eines Schutzstreifens genehmigt werden kann.
Bei einer beidseitigen Anlegung eines Schutzstreifens von 1,25 m Breite müsse die verbleibende Fahrbahnbreite mindestens 4,50 m betragen; nach den durchgeführten Messungen sei die insgesamt geforderte Mindestbreite von 7,00 m nicht in allen Teilbereichen der „Steverstraße“ gegeben.

Im Falle einer einseitigen Schutzstreifenanlegung müsse auf jeden Fall auch die Führung des Radverkehrs auf der gegenüberliegenden Straßenseite berücksichtigt werden. Er bittet zu bedenken, dass der in diesem Bereich angelegte Gehweg nicht breit genug ist, um

einen kombinierten Geh- und Radweg auszuweisen. Die Breiten der Gehwege sein nochmals zu überprüfen.
Die Ausweisung einer Fahrradstraße im Bereich der „Steverstraße“ sei für ihn aufgrund der hohen Fahrzeugdichte (10.000 Autos je Tag) und der zu beachtenden Voraussetzungen nicht vorstellbar.

In Bezug auf den Querungsbereich „Graf-Wedel-Str. / Steverstraße“ stellt Herr Drees heraus, dass er die Anlegung eines Zebrastreifens als nicht geeignet ansehe, die Verkehrssituation für Radfahrer zu entschärfen. Unfallstatistiken hätten belegt, dass durch die missbräuchliche Nutzung des Zebrastreifens durch Radfahrer keine erhöhte Sicherheitswirkung erzielt werden könne; im Gegenteil erhöhe sich sogar das Unfallrisiko für Radfahrer.
Die Anlegung von Querungshilfen sei grundsätzlich die zu bevorzugende Alternative. Diese Variante setze jedoch eine Straßenbreite von 9,00 m voraus, die in diesem Bereich nicht gegeben sei.
Aus diesem Grund sehe er keine Alternative zu den bereits im Querungsbereich aufgebrachten Markierungsstreifen, von denen zumindest eine Symbolwirkung ausgehe.
Ergänzend verweist er auf die für diesen Bereich bereits festgesetzte Ausweisung einer Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h sowie auf das angebrachte Gefahrenzeichen, welches auf querende Fahrradfahrer hinweist.

Herr Pieper bittet darüber hinaus zu bedenken, dass eine Anbringung von Zebrastreifen versetzt zum Querungsbereich erfolgen müsse; es sei keine Akzeptanz durch die Radfahrer zu erwarten, da diese die „Steverstraße“ direkt, in gerader Richtung überqueren.

Fraktionsübergreifend wird die Dringlichkeit herausgestellt, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Verkehrssicherheit für Radfahrer auf der „Steverstraße“ zu erhöhen.
Es wird auf den bei der Gesetzesauslegung bestehenden Ermessensspielraum hingewiesen, der aus Sicht der Fraktionen zugunsten der schwächeren Verkehrsteilnehmer ausgelegt werden müsse. Exemplarisch wird auf andere Bereiche des Stadtgebietes verwiesen, in denen bereits gleichgelagerte Maßnahmen angeordnet worden sind.

Herr Dress sagt zu, die Breite der „Steverstraße“ nochmals detailliert zu überprüfen. Sofern es zu vertreten sei, werde ein bestehender Ermessenspielraum dahingehend ausgeübt, dass eine Ausweisung von Schutzstreifen vorgenommen werde. Zwingende Voraussetzung sei jedoch, dass die sich in diesem Bereich befindenden Stellplätze weichen müssen.

Im Anschluss hieran wird der Punkt „Radverkehr auf der Halterner Straße“ erörtert. Ausschussvorsitzender Holz stellt nochmals die in diesem Bereich bestehende Problematik, die Anlass für die Einreichung eines entsprechenden CDU-Fraktionsantrages gewesen ist, dar.

Herr Dress weist darauf hin, dass die Voraussetzungen für die Ausweisung eines gesonderten Fahrradstreifens nicht vorliegen, da sich der thematisierte Bereich außerhalb der geschlossenen Ortschaft befindet. Ein Versetzen des Ortseingangschildes sei nicht vertretbar.

Aufgrund der Möglichkeit, Alternativstrecken zu nutzen, bittet er nochmals zu überdenken, ob sich die Problematik in der Örtlichkeit wirklich in dem beschriebenen Ausmaß darstelle.
Er gibt zu bedenken, dass auf der Kastanienallee und Reckelsumer Str. / Seiler Str. bereits eine 30-er Zone ausgewiesen worden ist; diese Maßnahme trage bereits wesentlich zur Verkehrssicherheit bei.

Ausschussvorsitzender Holz verweist auf die bereits in einer der vorausgegangenen Ausschusssitzungen thematisierte Maßnahme „Anlegung eines Minikreisverkehrs“ und bittet die Verwaltung diesen Punkt nochmals zu überprüfen.

SkB. Havermeier führt in die Thematik des nächsten Erörterungspunktes „Verbesserung der Sicherheit des Fahrradverkehres auf der Stadtfeldstraße zwischen Stever und B 235“ ein.

Herr Dress begründet nochmals detailliert die ablehnende Entscheidung des Kreises. Er führt aus, dass die Verkehrssituation zu den im Fraktionsantrag der SPD-Fraktion aufgeführten Stoßzeiten vor Ort beobachtet worden sei. Hierbei habe sich herausgestellt, dass der Großteil der Radfahrer geradeaus fahre. Die Errichtung einer Fahrradschleuse halte er nur für den Fall, dass die Radfahrer abbiegen, für geeignet, die Verkehrssicherheit zu erhöhen; aufgrund der beobachteten Verkehrssituation werde diese Maßnahme nicht als sinnvoll abgesehen.
Herr Drees weist ergänzend auf die Gefahr hin, die dadurch entsteht, dass sich Radfahrer an den stehenden Pkws „vorbeidrängeln“ um die in erster Position angelegte Fahrradfurt zu erreichen. Die derzeitige Praxis, dass sich die Radfahrer in den laufenden Verkehr einreihen, halte er für weniger gefahrenträchtig.
Er werde die Ausweisung eines Schutzstreifens auf der Stadtfeldstraße vor dem Bereich der Lichtzeichensignalanlage jedoch nochmals überprüfen und gemeinsam mit der Verwaltung abstimmen.

Ausschussvorsitzender Holz bringt zum Ausdruck, dass auf Wunsch der CDU-Fraktion nochmals die Thematik „Gestaltung der Kreisverkehre einschl. Beschilderung“ erörtert werden soll. Er verweist exemplarisch auf den Ausbaustandard des neu errichteten Kreisverkehres im Bereich „Valve“.

Herr Drees berichtet, dass nach den aktuellen Empfehlungen neu errichtete Kreisverkehre mit Fußgängerüberwegen versehen werden können. Aus Sicht der Straßenverkehrsbehörde würde nunmehr eine Anordnung einer solchen Verkehrseinrichtung erfolgen. Herr Drees gibt jedoch zu bedenken, dass die Verkehrsströme (Kfz, Fußgänger, Radfahrer) jedes Kreisverkehrsplatzes individuell zu untersuchen sind und entsprechende Maßnahmen nur in Abstimmung mit dem zuständigen Straßenbaulastträger erfolgen können.
Herr Pieper bittet zu bedenken, dass mit der nachträglichen Ausweisung von Zebrastreifen einschl. der erforderlichen Beleuchtung auch bauliche Umbaumaßnahmen einhergehen.

Der Ausschussvorsitzende bittet die Verwaltung, entsprechende Abstimmungsgespräche mit dem Landesbetrieb Straßen NRW zu führen. Ergänzend verweist er auf den noch zu beratenen Tagesordnungspunkt „Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 26.11.2010 / Optimierung von Kreisverkehrsanlagen in Lüdinghausen“. Der zu diesem TOP formulierte Beschlussvorschlag sehe vor, einen Vertreter des Landesbetriebes zu einer der nächsten Ausschusssitzungen einzuladen, um die Thematik „Ausstattung von Kreisverkehren“ unfassend zu erörtern.

Im Anschluss werden Fragen der Ausschussmitglieder zu anderen verkehrsrechtlichen Themen beantwortet.

Sv. Kehl weist auf die Verkehrssituation an der „Tüllinghofer Str.“ hin. Er problematisiert insbesondere die hohe Geschwindigkeit der Pkws, die auch noch nach Passieren des Ortseingangsschildes zu beobachten sei.
Darüber hinaus hinterfragt er die in diesem Bereich festgelegte kontroverse Parkregelung. Auf der rechten Seite sei ein Halterverbot ausgewiesen, wohingehend auf der gegenüberliegenden Seite geparkt werden könne.

Herr Drees weist darauf hin, dass die Überwachung des fließenden Verkehrs in den Zuständigkeitsbereich der Polizei falle. Die Notwendigkeit einer Überwachung der Höchstgeschwindigkeit wird an die Kreispolizeibehörde weitergeleitet. Das angesprochene Halterverbot sei aufgrund der Eingabe von Anliegern angeordnet worden.

Stv. Guntermann weist auf die Vollsperrung der „Wolfsberger Straße“ hin, die aufgrund einer Brückensanierung vorgenommen worden ist.
Ausschussvorsitzender Holz erläutert, dass die Brücke vom Kreis Coesfeld auf die Stadt Lüdinghausen im Zuge einer Abstufung von einer Kreisstraße zu einer Gemeindestraße übertragen wurde, so dass das Brückenbauwerk ordnungsgemäß der Stadt zu übergeben sei und entsprechende Sanierungsarbeiten vom Kreis Coesfeld noch durchzuführen sind.
In Absprache mit dem Kreis sowie den weiteren zuständigen Behörden sei die Umsetzung dieser Maßnahme auf den Zeitpunkt nach Fertigstellung des Kreisverkehres an der „Valve“ verschoben worden.
Die Verwaltung weist darauf hin, dass nach Auskunft des Kreises Coesfeld die Baustelle noch in Betrieb sei. Der alte Beton sei abgestemmt und die Bewährung freigelegt worden. Aus statischen Gründen sei eine vorübergehende Öffnung der Brücke – vor Beendigung der Bauarbeiten – nicht möglich.
Stv. Weiand bringt zum Ausdruck, dass er eine Information der Öffentlichkeit über Umfang und Dauer dieser Baumaßnahme für unerlässlich hält.
Herr Drees sagt zu, diesen Hinweis an die zuständige Abteilung des Kreises Coesfeld weiterzuleiten.

Stv. Ernst stellt heraus, dass sich die Verkehrssituation durch die Errichtung der neuen Kreisverkehrsanlage an der „Valve“ gebessert habe. Er fragt an, ob darüber hinaus eine verkehrsabhängige Steuerung der Ampelanlagen möglich sei, um den Verkehrsfluss in seiner Gesamtheit zu optimieren.
Herr Drees stellt heraus, dass bei dieser Thematik komplexe Regelungen zu berücksichtigen seien. Er werde jedoch dieses Thema mit dem Landesbetrieb Straßen NRW besprechen und abklären, ob eine Verbesserung des Verkehrsflusses möglich ist.

Auf Anregung von Stv. Wagner sagt Herr Dress zu, die Verkehrssituation im Bereich „Ascheberger Str. / Baumschulenweg“ nochmals zu überprüfen.

Ausschussvorsitzender Holz stellt abschließend heraus, dass nunmehr wichtige verkehrliche Maßnahmen auf den Weg gebracht werden, die durch den Ausschuss angestoßen worden sind.

I. Beschlussvorschlag:
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 3) Resolution zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts
Vorlage: FB 3/344/2010

Bürgermeister Borgmann führt in die Thematik ein und stellt die Hintergründe heraus, die zur Erarbeitung der Resolution geführt haben.

Stv. Wippich bringt zum Ausdruck, dass die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen grundsätzlich den in der Resolution getroffenen Aussagen zustimmt. Als problematisch werde jedoch die

Forderung Nr. 2 „Über die Hausmüllerfassung muss vor Ort entschieden werden“ angesehen.
Er sehe die Gefahr, dass die flächendeckende Einführung der Biotonne im gesamten Stadtgebiet von Lüdinghausen auf Dauer wieder aufgehoben werden könne.

Bürgermeister Borgmann weist darauf hin, dass die Resolution darauf abzielt, die grundlegende Entscheidungskompetenz der Kommunen in Bezug auf die Organisation der Abfallentsorgung zu stärken. Welche konkreten Regelungen bezüglich der Abfallentsorgung umgesetzt werden, bleibe auf jeden Fall der Entscheidung durch den Stadtrat vorbehalten.
Auf Nachfrage von Stv. Wippich erklärt er, dass eine Teilabstimmung über die einzelnen Punkte der Resolution nicht möglich sei.

I. Beschlussvorschlag:
Der Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt empfiehlt dem Rat, den nachfolgenden Beschluss zu fassen:

> Die der Sitzungsvorlage als Anlage 3) beigefügte Resolution zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts wird beschlossen.
>
> Die Verwaltung wird beauftragt, die Resolution an die Bundes- und Landtagsabgeordneten aus dem Kreis Coesfeld sowie an die zuständigen Bundes- und Landesministerien weiterzuleiten.

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	2
Enthaltungen:	1

TOP 4) Berücksichtigung von Aspekten des Umweltschutzes und der Ernergieeffizienz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge
- Antrag der SPD-Fraktion vom 30.10.2010
Vorlage: FB 1/252/2010

SkB. Havemeier bringt zum Ausdruck, dass die Vorlage umfassende Informationen gebe, in welcher Form und in welchen Umfang der Aspekt des Umweltschutzes bereits in der Verwaltung umgesetzt werde. Er gibt jedoch gleichzeitig zu bedenken, dass die Aussagekraft von speziellen Gütesiegeln nicht unumstritten ist.

Stv. Kehl weist darauf hin, dass die Anlage 7 b) überarbeitet werden muss. Dieser Hinweis sei durch Herrn Berau, der beruflich mit dieser Thematik befasst sei, an ihn weitergeleitet worden.

Darüber stellt Stv. Kehl heraus, dass der in der Sitzungsvorlage dargestellte „Aspekt des Umweltschutzes und der Energieeffizienz bei Auftragsvergaben“ bereits einen Teilbaustein des in der letzten Ausschusssitzung thematisierten Klimaschutzkonzeptes darstelle. Es werde verdeutlicht, welche konkreten Maßnahmen die Verwaltung bereits praktiziere, um die Umwelt zu schützen.

I. Beschlussvorschlag:
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 5) Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 01.11.2010
hier: Einbau von lärmoptimierten Asphalt im Stadtgebiet von Lüdinghausen
Vorlage: FB 3/341/2010

SkB. Havermeier erläutert den von der SPD-Fraktion gestellten Fraktionsantrag.
Er bringt zum Ausdruck, dass er die Erfahrungswerte, die bislang bezüglich der Verwendung von lärmoptimierten Asphalt vorliegen, für ausreichend hält.
Er regt an, den grundsätzlichen Beschluss zu fassen, bei innerörtlichen städtischen Straßenbaumaßnahmen lärmoptimierten Asphalt einzubauen.

Stv. Dr. Waldt hält den von der Verwaltung formulierten Beschlussvorschlag für ausreichend. Er schlägt vor, über die Verwendung von lärmoptimierten Asphalt im Einzelfall zu entscheiden, sobald eine konkrete städtische Straßenausbaumaßnahme ansteht. Dieser Zeitpunkt sei früh genug, da im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung eine umfassende Beratung der vorgesehenen Straßenbaumaßnahmen erfolge. Bei der Entscheidung könnten sodann die bis dahin vorliegenden Erfahrungswerte berücksichtigt werden.

I. Beschlussvorschlag:
Die Verwaltung wird beauftragt, die Verwendung von lärmoptimierten Asphalt sowie die in anderen Kommunen gewonnenen Erfahrungswerte weiter zu prüfen. Sobald nähere Erkenntnisse zum langfristigen Einsatz und zur Haltbarkeit dieses neuen Materiales vorliegen, soll erneut über einen Einsatz im Stadtgebiet von Lüdinghausen beraten werden. Die Verwaltung gibt die Anregung, lärmoptimierten Asphalt zu verwenden, an die Baulastträger der übergeordneten Straßen (Bundes-, Landes- bzw. Kreisstraßen) weiter.

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

TOP 6) Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 26.11.2010
hier: Zustand Parkplatz Auf der Geest
Vorlage: FB 3/348/2010

Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Instandsetzung des Parkplatzes aufgrund der aktuellen Wetterlage noch nicht vorgenommen werden konnte.
Die Maßnahme wird schnellstmöglich umgesetzt, sobald es die Wetterverhältnisse zulassen.

I. Beschlussvorschlag:
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 7) Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 26.11.2010
hier: Optimierung der Kreisverkehrsanlagen in Lüdinghausen
Vorlage: FB 3/349/2010

Ausschussvorsitzender Holz weist darauf hin, dass diese Thematik bereits im Rahmen der Diskussion zu Top 2) mit erörtert worden ist.
SkB. Havermeier regt an, die Themen „barrierefreier Ausbau von Kreisverkehren“ bzw. Lichtsignalanlagen mit einzubeziehen.

I. Beschlussvorschlag:
Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vertreter des Landesbetriebes Straßenbau NRW einzuladen.

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

TOP 8) Berichte

TOP 8.1) Kurvenbegradigung und Anlegung eines Radweges entlang der B 474 (Bereich Tetekum)
Vorlage: FB 3/338/2010

- siehe Anlage 1) -

TOP 9) Anfragen

Stv. Weiand hebt den Einsatz, den der Bauhof im Bereich des Winterdienstes erbracht hat, lobend hervor. Er weist darauf hin, dass der Bauhof nicht im gesamten Stadtgebiet tätig sein kann; dessen müsste sich auf die Öffentlichkeit bewusst werden.
Ausschussvorsitzender Holz schließt sich dieser Aussage an und spricht dem städtischen Bauhof im Namen des Ausschusses nochmals ausdrücklich seinen Dank für die vorbildliche Einsatzbereitschaft aus.

Stv. Schulze-Uphoff weist auf Schlaglöcher hin, die sich in den gegenüber dem Gebäude „Nottengartenweg 6“ gelegenen Parkbuchten befinden. Die Verwaltung sagt eine Überprüfung zu.

Stv. Breuer stellt den schlechten Zustand des Kanalseitenweges heraus und erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand bezüglich der Wiederherstellung.
Bürgermeister Borgmann erklärt, dass sich die Verwaltung derzeit in Gesprächen mit dem zuständigen Wasserschifffahrtsamt befinde.

SkB. Havermeier bemängelt, dass sich die im Bereich der Gerichtsbrücke (vor der Bücherei) erstellte Pflasterung optisch von den im weiteren Straßenverlauf vorhandenen kleinteiligen

Pflasterbereichen abhebt. Er hätte sich gewünscht, dass sich die Neupflasterung in das Gesamtbild eingefügt hätte und fragt an, ob langfristig gesehen eine Anpassung möglich ist.
Bürgermeister Borgmann erklärt, dass das ursprünglich verwendete Material nicht verfügbar gewesen ist.

SkB. Wagner weist auf die Problematik hin, dass im Außenbereich die Schulbusse zeitweise nicht gefahren sind.
Bürgermeister Borgmann teilt mit, dass diesbezüglich Gespräche mit der RVM bzw. mit dem beauftragten Subunternehmer geführt worden sind; es sei beabsichtigt , den Eltern über die Organisation einer Telefonkette rechtzeitig Informationen über den Busdienst zur Verfügung zu stellen.

SkB. Barendregt bittet darum, das Schaltintervall der an der B 58 (Bereich Hauptstraße) installierten Ampel zu überprüfen. Er habe festgestellt, dass die Grünphase der Ampel sehr kurz geschaltet sei; insbesondere für Kinder sei es sehr schwierig, diesen Bereich (der Bestandteil der vorgesehenen Themenradweges LH 8 ist) rechtzeitig zu überqueren.

Stv. Reismann weist auf im Bereich Ondrup gelegene Gräben hin, die bei extremen Niederschlägen zeitweise die angrenzende Straße überfluten. Er bemängelt, dass die aufgrund des Hochwassers aufgestellten Warnschilder nicht zeitnah wieder beseitigt werden.
Die Verwaltung sagt eine Überprüfung zu.

.

Anton Holz	Ellen Trudwig
Vorsitzende/r	Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

zur 9. Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt

der Stadt Lüdinghausen am 14.12.2010

anwesend:

Bürgermeister

Borgmann, Richard Bürgermeister	Top 2) bis Top 16)

CDU-Fraktion

Ernst, Wolfram	Top 2) bis Top 16)
Holz, Anton	Top 1) bis Top 16)
Horstmann, Heinrich	Top 1) bis Top 16)
Kasberg, Bertholt	Top 1) bis Top 16)
Schäper, Gabriele	Top 2) bis Top 16)
Schotte, Irmgard	Top 1) bis Top 16)
Schulze Uphoff, Theo	Top 1) bis Top 9) und Top 12) bis Top 16)
Waldt, Klaus-Dieter Dr.	Vertretung für Herrn Norbert Breitbach Top 2) bis Top 16)
Weiand, Josef	Vertretung für Frau Anja Schulze Meinhövel Top 2) bis Top 4) und Top 6) bis Top 16)

SPD-Fraktion

Barendregt, Kors	Vertretung für Herrn Artur Friedenstab Top 2) bis Top 16)
Breuer, Herbert	Top 1) bis Top 16)
Havermeier, Dirk	Top 1) bis Top 16)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bierschenk, Bruno	Top 1) bis Top 16)
Guntermann, Christine	Top 2) bis Top 16)
Wippich, Rainer	Top 2) bis Top 16)

UWG-Fraktion

Kehl, Markus	Top 1) bis Top 16)
Wannigmann, Josef	Vertretung für Herrn Jürgen Berau Top 1) bis Top 16)
Wischnewski, Wolfgang Dr.	Top 1) bis Top 16)

FDP-Fraktion

Reismann, Günter	Top 2) bis Top 16)
Wagner, Wilhelm	Top 1) bis Top 16)

von der Verwaltung

Bruns, Winfried	Top 1) bis Top 16)
Pieper, Michael	Top 2)
Trudwig, Ellen	Top 1) bis Top 16

Gäste

Herr Drees	zu Top 2)

Entschuldigt:

CDU-Fraktion

Breitbach, Norbert	
Schulze Meinhövel, Anja	

SPD-Fraktion

Friedenstab, Artur	

UWG-Fraktion

Berau, Jürgen	